

Reglement zur Sammleinrichtung

der Basellandschaftlichen
Pensionskasse (BLPK)



Gültig ab: 1. Oktober 2018

Inhaltsverzeichnis

Art. 1	Allgemeine Bestimmungen	1
Art. 2	Vorsorgewerke: Eigene Rechnung	1
Art. 3	Vorsorgewerke: Typen und Voraussetzungen	2
Art. 4	Vorsorgewerke: Zwingender Wechsel	2
Art. 5	Vorsorgewerke: Freiwilliger Wechsel	3
Art. 6	Rentenpool	3
Art. 7	Risikopool	4
Art. 8	Verwaltungskostenpool	4
Art. 9	Zuweisung des Vermögenserfolgs	5
Art. 10	Höhe und Festlegung der Zinssätze	5
Art. 11	Inkrafttreten und Änderungen	6
Anhang	Maximale Verzinsung der Sparkapitalien und der Guthaben für den Einkauf in die vorzeitige Pensionierung	7

Art. 1 **Allgemeine Bestimmungen**

Grundlage	¹ Gestützt auf § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse vom 16. Mai 2013 (Pensionskassengesetz) und § 3 des Dekrets über die berufliche Vorsorge durch die Basellandschaftliche Pensionskasse vom 16. Mai 2013 (Pensionskassendekret) erlässt der Verwaltungsrat der BLPK das vorliegende Reglement.
Zweck	² Die BLPK wird gemäss § 3 des Pensionskassendekrets als Sammeleinrichtung geführt, welche sich aus den einzelnen Vorsorgewerken zusammensetzt. Dieses Reglement hält die Grundsätze zur Sammeleinrichtung fest, insbesondere die verschiedenen Typen von Vorsorgewerken, ihre Mindestgrösse und Aufnahmekriterien, das Vorgehen bei einem Wechsel zwischen den Vorsorgewerken, das Pooling der Versicherungsrisiken sowie die Verzinsungsgrundsätze.
Definition Vorsorgewerk	³ Ein Vorsorgewerk ist eine organisatorische Einheit innerhalb der BLPK mit einer eigenen paritätischen Vorsorgekommission. Ein Vorsorgewerk besteht aus einem Anschluss oder mehreren Anschlüssen. Die Aufgaben der Vorsorgekommission ergeben sich aus dem Reglement für die Vorsorgekommissionen.
Definition Anschluss	⁴ Durch Vertrag zwischen der BLPK und einem Arbeitgebenden für seine ihm zugehörenden aktiven Versicherten und rentenbeziehenden Personen wird ein Anschluss begründet.

Art. 2 **Vorsorgewerke: Eigene Rechnung**

Rechnung und Deckungsgrad	¹ Jedes Vorsorgewerk wird in eigener Rechnung geführt und verfügt über einen eigenen Deckungsgrad. Dieser bestimmt sich aus dem Verhältnis zwischen dem Vorsorgevermögen und den Verbindlichkeiten des Vorsorgewerks.
Vorsorge- vermögen	² Das Vorsorgevermögen eines Vorsorgewerks setzt sich zusammen aus <ul style="list-style-type: none">– dem Vermögen des Vorsorgewerks vor Zuweisung aus dem Rentenpool und– dem anteiligen Vermögen für die rentenbeziehenden Personen aus dem Rentenpool. Das Vorsorgevermögen reduziert sich um <ul style="list-style-type: none">– die kurzfristigen Verbindlichkeiten / transitorischen Passiven;– die Arbeitgeberbeitragsreserven und– die nicht-technischen Rückstellungen.
Verbindlichkeiten	³ Die Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus <ul style="list-style-type: none">– den Vorsorgekapitalien für die aktiven Versicherten;– den Vorsorgekapitalien für die rentenbeziehenden Personen und– den technischen Rückstellungen.
Eigene Rechnung	⁴ Für jedes Vorsorgewerk wird jährlich per 31. Dezember eine eigene Bilanz und eine eigene Betriebsrechnung erstellt, aus denen die Veränderung des Vorsorgevermögens, der Verbindlichkeiten und des Deckungsgrads hervorgeht.

Art. 3 Vorsorgewerke: Typen und Voraussetzungen

Vorsorgewerk pro Anschluss	¹ Die Begründung eines eigenen Vorsorgewerks setzt eine Mindestanzahl von 21 aktiven Versicherten voraus. Davon abweichend kann die Geschäftsstelle in begründeten Fällen bereits bei 15 aktiven Versicherten ein eigenes Vorsorgewerk zulassen.
Freiwilliges gemeinsames Vorsorgewerk	² Anschlüsse können sich freiwillig zu einem gemeinsamen Vorsorgewerk zusammenschliessen, sofern sie über insgesamt mindestens 21 aktive Versicherte verfügen.
Gemeinsames Vorsorgewerk gemäss Dekret	³ Anschlüsse mit im Zeitpunkt des Anschlusses weniger als 21 aktiven Versicherten werden in einem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss § 3 Abs. 2 des Pensionskassendekrets geführt.
Rentenvorsorgewerk gemäss Dekret	⁴ Rentenbeziehende Personen von Anschlüssen ohne aktive Versicherte werden einem gemeinsamen Rentenvorsorgewerk gemäss § 3 Abs. 2 des Pensionskassendekrets zugewiesen.
Unterdeckung Rentenvorsorgewerk; Nachschusspflicht	⁵ Weist das gemeinsame Rentenvorsorgewerk gemäss Abs. 4 eine Unterdeckung aus, haben die entsprechenden Arbeitgebenden eine sofortige anteilige Nachschusspflicht. Der Anteil des einzelnen Arbeitgebenden am Nachschuss bemisst sich am Verhältnis der Vorsorgekapitalien der ihm zugehörenden rentenbeziehenden Personen zu den gesamten Vorsorgekapitalien des Rentenvorsorgewerks. Ist ein Ausgleich nicht möglich, weil der Arbeitgebende nicht mehr existiert, kann der Verwaltungsrat der BLPK den anteiligen Fehlbetrag für diese rentenbeziehenden Personen vorab dem Ergebnis der gesamten BLPK belasten.

Art. 4 Vorsorgewerke: Zwingender Wechsel

Wechsel in das gemeinsame Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3	¹ Verfügt ein Vorsorgewerk während zweier aufeinanderfolgenden Jahren am 31. Dezember über keine 21 aktiven Versicherten, erfolgt auf den nächstfolgenden 1. Januar ein Wechsel des Anschlusses bzw. der Anschlüsse in das gemeinsame Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3.
Zuführung Anschluss in das gemeinsame Rentenvorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 4	² Verfügt ein Anschluss während zweier aufeinanderfolgenden Jahren am 31. Dezember über keine aktiven Versicherten mehr, erfolgt auf den nächstfolgenden 1. Januar ein Wechsel des Anschlusses in das gemeinsame Rentenvorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 4. Kein zwingender Wechsel erfolgt, sofern dieser Anschluss in einem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 2 geführt wird und die Vorsorgekommission von einem Wechsel absieht.
Deckungsgradausgleich bei Wechsel des Vorsorgewerks infolge nicht mehr erfüllter Aufnahmekriterien	³ Erfolgt ein Wechsel des Vorsorgewerks, weil die gemäss Abs. 1 vorgegebenen Kriterien nicht mehr erfüllt werden, ist der Deckungsgrad des abgebenden Vorsorgewerks massgebend. Im Grundsatz hat der Transfer mit diesem Deckungsgrad zu erfolgen. Liegt der Deckungsgrad des abgebenden Vorsorgewerks um mehr als fünf Prozentpunkte über demjenigen des aufnehmenden und befindet sich das aufnehmende nicht in Unterdeckung, erfolgt eine Verminderung des Deckungsgrads für die zu übertragenden Verbindlichkeiten bis auf diese fünf Prozentpunkte, beispielsweise durch vorgängige Verteilungen. Befindet sich das aufnehmende Vorsorgewerk hingegen in Unterdeckung, ist dem Rechnung zu tragen, indem die Deckungsgraddifferenz an eine allfällige Sanierung angerechnet wird. Ein Wechsel eines Anschlusses in das gemeinsame Rentenvorsorgewerk, weil die gemäss Abs. 2 vorgegebenen Kriterien nicht mehr erfüllt sind, hat mit mindestens einem Deckungsgrad von 100% zu erfolgen. Befindet sich das abgebende Vorsorgewerk in Unterdeckung, hat der Arbeitgeber diese vorgängig zum Wechsel sofortig zu sanieren.

Wechsel aus gemeinsamem Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3	⁴ Verfügt ein Anschluss im gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3 während zweier aufeinanderfolgenden Jahren am 31. Dezember jeweils über 50 oder mehr aktive Versicherte, begründet er auf den nächstfolgenden 1. Januar zusammen mit seinen rentenbeziehenden Personen ein eigenes Vorsorgewerk. Der Vermögensübertrag in ein eigenes Vorsorgewerk erfolgt derart, dass der Deckungsgrad unverändert bleibt.
Regelung weitere Sachverhalte	⁵ Für in dieser Bestimmung nicht vorgesehene Sachverhalte kann die Geschäftsstelle der BLPK eine zweckmässige Regelung treffen.

Art. 5 Vorsorgewerke: Freiwilliger Wechsel

Freiwilliger Wechsel in das gemeinsame Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3	¹ Ein freiwilliger Wechsel eines Anschlusses auf den nächstfolgenden 1. Januar zum gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3 ist nur möglich, wenn der Deckungsgrad des eigenen Vorsorgewerks mindestens demjenigen des gemeinsamen Vorsorgewerks entspricht und der Anteil der zu übertragenden Vorsorgekapitalien der rentenbeziehenden Personen um weniger als zehn Prozentpunkte über demjenigen des gemeinsamen Vorsorgewerks liegt. Beim Wechsel wird das anteilige Vermögen übertragen, es erfolgt keine Deckungsgradangleichung.
Freiwilliger Austritt aus dem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3	² Bei einem freiwilligen Wechsel eines Anschlusses auf den nächstfolgenden 1. Januar aus dem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3 in ein eigenes Vorsorgewerk oder in ein gemeinsames Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 2 erfolgt die Vermögensübertragung derart, dass der Deckungsgrad des gemeinsamen Vorsorgewerks gemäss Art. 3 Abs. 3 unverändert bleibt. Ein Wechsel in ein gemeinsames Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 2 setzt die Zustimmung deren Vorsorgekommission voraus. Allenfalls kann diese den Wechsel von einem Einkauf in ihren Deckungsgrad abhängig machen.
Freiwilliger Austritt aus einem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 2	³ Ein freiwilliger Wechsel eines Anschlusses auf den nächstfolgenden 1. Januar aus einem gemeinsamen Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 2 in ein eigenes Vorsorgewerk oder in das gemeinsame Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3 ist nur möglich, sofern das verbleibende Vorsorgewerk danach noch immer über mindestens 21 aktive Versicherte verfügt. Die Vermögensübertragung in ein eigenes Vorsorgewerk erfolgt derart, dass der Deckungsgrad unverändert bleibt. Ein Wechsel in das gemeinsame Vorsorgewerk gemäss Art. 3 Abs. 3 ist nur möglich, sofern die Voraussetzungen nach Abs. 1 erfüllt sind. In diesem Fall erfolgt der Vermögensübertrag gemäss Abs. 1.
Regelung weitere Sachverhalte	⁴ Für in dieser Bestimmung nicht vorgesehene Sachverhalte kann die Geschäftsstelle der BLPK eine zweckmässige Regelung treffen.

Art. 6 Rentenpool

Grundsatz	¹ Das Versicherungsrisiko (Langlebigkeit) der rentenbeziehenden Personen wird innerhalb der BLPK gepoolt.
Verbindlichkeiten	² Sämtliche rentenbeziehenden Personen werden während des Geschäftsjahres mit ihren Vorsorgekapitalien (inklusive Sparkapitalien der invaliden Personen) und mit den versicherungstechnischen Rückstellungen im Rentenpool geführt. Ende Geschäftsjahr werden die Vorsorgekapitalien (inklusive Sparkapitalien der invaliden Personen) und Rückstellungen dem jeweiligen Vorsorgewerk zugewiesen.
Vorsorge- vermögen	³ Anfangs Geschäftsjahr wird das Vorsorgevermögen aus den einzelnen Vorsorgewerken im selben Umfang wie die entsprechenden Vorsorgekapitalien (inklusive Sparkapitalien der invaliden Personen) und versicherungstechnischen Rückstellungen ihrer rentenbeziehenden Personen (Deckungsgrad von 100%) buchhalterisch dem Rentenpool zugewiesen.

Deckungsgrad Rentenpool; Verlust und Gewinn	⁴ Der Rentenpool wird am 31. Dezember im Rahmen des Jahresabschlusses auf einen Deckungsgrad von 100% gestellt. Dadurch anfallende Überschüsse oder Verluste werden anteilig im Verhältnis zu den Vorsorgekapitalien der rentenbeziehenden Personen (inklusive Sparkapitalien der invaliden Personen; ohne Berücksichtigung der Rückstellungen) den jeweiligen Vorsorgewerken zugewiesen.
--	--

Art. 7 Risikopool

Grundsatz	¹ Die Versicherungsrisiken der aktiven Versicherten werden innerhalb der BLPK gepoolt.
Versicherungsausgleich	² Innerhalb eines Geschäftsjahres werden dem Risikopool die erhobenen Risikobeiträge gutgeschrieben. Während derselben Periode werden aus dem Risikopool die benötigten Vorsorgekapitalien aus Invaliditäts- und Todesfällen der aktiven Versicherten dem Rentenpool zugeführt, die Beiträge an den Sicherheitsfonds BVG erbracht sowie die notwendigen Mittel für eine allfällige Teuerungsanpassung der Risikorenten im Rahmen des BVG-Obligatoriums und für die Rückstellung für Versicherungsrisiken gemäss den Bestimmungen des Reglements über Vorsorgekapitalien, Rückstellungen und Reserven entnommen. Einnahmen und Ausgaben einer allfälligen Rückversicherung werden ebenfalls über den Risikopool abgerechnet.
Ergebnisverteilung	³ Der während des Geschäftsjahrs im Risikopool erwirtschaftete Risikogewinn bzw. ein erlittener Risikoverlust werden den Vorsorgewerken im Grundsatz anteilmässig zu den geleisteten Risikobeiträgen gutgeschrieben bzw. belastet. Der Verwaltungsrat der BLPK kann davon abweichend dem Risikoverlauf der einzelnen Vorsorgewerke Rechnung tragen. Im Anschlussvertrag kann auch eine Verteilung auf das Vorsorgewerk und den angeschlossenen Arbeitgebenden gemäss der Aufteilung der Risikobeiträge auf Arbeitnehmende und Arbeitgebende festgelegt werden.

Art. 8 Verwaltungskostenpool

Grundsatz	¹ Die Kosten für die Verwaltung (Verwaltungsaufwand) werden innerhalb der BLPK gepoolt.
Ausgleich	² Innerhalb eines Geschäftsjahres werden dem Verwaltungskostenpool die erhobenen ordentlichen Verwaltungskostenbeiträge (exklusive Aufwand der Vermögensverwaltung) und die weiteren Erträge aus der Verwaltung gutgeschrieben. Dem Pool werden der Aufwand für die Verwaltung sowie die Kosten für allfällige Rückstellungen (z. B. für Prozessrisiken) entnommen, sofern diese nicht anderweitig finanziert werden.
Ergebnisverteilung	³ Der während des Geschäftsjahrs im Verwaltungskostenpool erwirtschaftete Erfolg wird den Vorsorgewerken im Grundsatz anteilmässig zu den geleisteten ordentlichen Verwaltungskostenbeiträgen gutgeschrieben bzw. belastet. Der Verwaltungsrat der BLPK kann davon abweichend dem Verwaltungsaufwand der einzelnen Vorsorgewerke Rechnung tragen. Im Anschlussvertrag kann auch eine Verteilung auf das Vorsorgewerk und den angeschlossenen Arbeitgebenden gemäss der Aufteilung der Verwaltungskostenbeiträge auf Arbeitnehmende und Arbeitgebende festgelegt werden.

Art. 9 Zuweisung des Vermögenserfolgs

Vorgehen	¹ Der während des Geschäftsjahres auf dem Vermögen der BLPK erwirtschaftete Vermögensertrag bzw. ein erlittener Vermögensverlust werden allen Vorsorgewerken sowie dem Rentenpool anteilmässig gutgeschrieben bzw. belastet. Vorbehalten bleibt Art. 3 Abs. 5.
Basis	² Basis für die Gutschrift bzw. für die Belastung ist das während des Geschäftsjahres durchschnittlich investierte Kapital eines Vorsorgewerks.

Art. 10 Höhe und Festlegung der Zinssätze

Zinssatz unterjährige Geschäftsfälle kommendes Jahr	¹ Der Verwaltungsrat der BLPK legt bis Ende Dezember den Zinssatz für die unterjährigen Geschäftsfälle (Vorsorgefälle und Austritte) des kommenden Geschäftsjahres fest. In begründeten Fällen, wie z. B. einem Einbruch an den Finanzmärkten, kann er unterjährig einen tieferen Zinssatz als im Dezember des Vorjahrs beschlossen festlegen.
Definitive Verzinsung Sparkapitalien für das abgelaufene Jahr	² Für die Höhe des Ende Jahres gutzuschreibenden definitiven Sparzinssatzes teilt die BLPK den Vorsorgekommissionen jeweils anfangs November die Höhe der am 30. September während der vergangenen zwölf Monate erzielten Anlagerendite mit. Die Vorsorgekommissionen legen, gestützt auf die Bestimmungen des Vorsorgereglements, bis Mitte Dezember den definitiven Sparzinssatz der Sparkapitalien und der allfälligen Guthaben für den Einkauf in die vorzeitige Pensionierung der aktiven Versicherten des jeweiligen Vorsorgewerks fest. Dabei gilt Folgendes: a. wies das Vorsorgewerk am 31. Dezember des Vorjahrs eine Überdeckung (Deckungsgrad von mindestens 100%, ohne Einrechnung einer allfälligen Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht) aus, richtet sich die maximale Verzinsung der Sparkapitalien nach dem Anhang zu diesem Reglement. b. wies das Vorsorgewerk am 31. Dezember des Vorjahrs eine Unterdeckung (Deckungsgrad von unter 100%, ohne Einrechnung einer allfälligen Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht) aus, ist dies bei der Festlegung des Zinssatzes entsprechend zu berücksichtigen. Der Zinssatz darf nicht über dem BVG-Mindestzinssatz liegen. Liegt bis Mitte Dezember kein Beschluss der Vorsorgekommission über die Höhe des definitiven Zinssatzes vor, legt die Geschäftsstelle der BLPK den Zinssatz fest.
Verzinsung Rückstellung für Teuerungszulagen (Teuerungsfonds)	³ Die Rückstellungen für Teuerungszulagen (Teuerungsfonds) eines Vorsorgewerks werden mit dem den aktiven Versicherten im jeweiligen Vorsorgewerk gutgeschriebenen Sparzinssatz, höchstens aber mit dem technischen Zinssatz, verzinst.
Weitere Zinssätze	⁴ Der Verwaltungsrat der BLPK legt bis Ende Dezember für das laufende Geschäftsjahr die Höhe der Verzinsung der Arbeitgeberbeitragsreserven fest. Der Zinssatz darf dabei nicht höher als der BVG-Mindestzinssatz ausfallen. Eine negative Verzinsung ist zulässig. Eine Arbeitgeberbeitragsreserve mit Verwendungsverzicht wird nicht verzinst. Zusätzlich bestimmt er den Zinssatz der Sparkapitalien der invaliden Versicherten mit temporären Invalidenrenten. Dieser darf nicht über dem technischen Zinssatz liegen.
Kontokorrentzinssatz	⁵ Der Verwaltungsrat der BLPK legt jährlich die Höhe des Kontokorrentzinssatzes fest.
Ausserordentliche Ereignisse	⁶ Erfolgen zwischen dem Zeitpunkt der Festlegung der Sparzinssätze durch die Vorsorgekommissionen und dem Jahresende ausserordentliche Ereignisse, die das Anlageergebnis negativ beeinflussen, kann der Verwaltungsrat der BLPK für das laufende Jahr eine von den Beschlüssen der Vorsorgekommissionen abweichende Höhe für den Zinssatz festlegen.

Art. 11 Inkrafttreten und Änderungen

Inkrafttreten ¹ Dieses Reglement inklusive Anhang tritt auf den 1. Oktober 2018 in Kraft und ersetzt dasjenige vom 25. Juni 2014 inklusive aller Nachträge und Änderungen.

Änderungen ² Das Reglement und der Anhang können durch Beschluss des Verwaltungsrats der BLPK jederzeit geändert oder aufgehoben werden.

Der Verwaltungsrat der BLPK

Liestal, 20. Juni 2018

Anhang Maximale Verzinsung der Sparkapitalien und der Guthaben für den Einkauf in die vorzeitige Pensionierung

Die Anlagerendite der letzten 12 Monate (Stichtag 30.09.) liegt	Wertschwankungsreserven des Vorsorgewerks per 31.12. des Vorjahrs (in % ihres Zielwerts)				
	bis 20%	bis 40%	bis 60%	bis 80%	bis 100%
< BVG-Mindestzinssatz	BVG	BVG	BVG	BVG	BVG
≥ BVG-Mindestzinssatz	BVG	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
> 3.5%	2.0%	2.0%	2.5%	3.0%	3.5%

Sind die in der Tabelle aufgeführten Zahlenwerte gleich hoch wie der BVG-Mindestzinssatz oder liegen sie darunter, sind sie durch den BVG-Mindestzinssatz zu ersetzen. Die Verwendung von freien Mittel ist von dieser Vorgabe nicht betroffen.

Zusatzverzinsungen

Zusatzverzinsungen richten sich nicht nach der vorstehenden Regelung, sofern sie mittels dafür vorgesehenen Rückstellungen oder durch den Arbeitgebenden geleistet werden.

Beispiel 1:

Zielwert der Wertschwankungsreserven	15%
Deckungsgrad per 31.12. des Vorjahres	107%
Höhe der Wertschwankungsreserven in % des Zielwerts (= 7% / 15%)	47%
Vergangene Anlagerendite (12 Monate seit 30.09.)	3.0%
BVG-Mindestzinssatz	1.0%
Maximale Verzinsung	2.0%

Die vergangene Anlagerendite (12 Monate seit 30.09.) liegt über dem BVG-Mindestzinssatz, aber unter 3.5%, und die Wertschwankungsreserven liegen über 40% des Zielwerts, sodass 2.0% die Obergrenze darstellen.

Beispiel 2:

Zielwert der Wertschwankungsreserven	15%
Deckungsgrad per 31.12. des Vorjahres	113%
Höhe der Wertschwankungsreserven in % des Zielwerts (= 13% / 15%)	87%
Vergangene Anlagerendite (12 Monate seit 30.09.)	6.7%
BVG-Mindestzinssatz	1.0%
Maximale Verzinsung	3.5%

Die vergangene Anlagerendite (12 Monate seit 30.09.) liegt über 3.5%, die Wertschwankungsreserven liegen über 80% des Zielwerts. Somit beträgt die Obergrenze für die Verzinsung 3.5%.